



"Schluss mit der legalisierten Schwarzarbeit" - IG BAU-Chef Feiger spricht sich gegen Ausweitung der Minijobs aus



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU, Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, warnt davor, die Grenze für Minijobs von jetzt 450 Euro auf 520 Euro nach oben zu setzen, so wie es SPD, Grüne und FDP in ihrem Sondierungspapier ankündigen.

"Wir sehen die Minijobs seit eh und je sehr kritisch, es gibt keine vernünftige soziale Absicherung, sie sind nicht gerade ein Baustein für eine berufliche Karriere und es sind meistens die Jobs, die in einer Krise als Erstes wegfallen", sagt Feiger. Vor allem seien die Minijobs oftmals eine echte "Überlebensfalle für Frauen". "Denn es sind zumeist Frauen, die einer sogenannten 'geringfügigen Beschäftigung' nachgehen. Die Kurzarbeit, die uns vor den größten Verwerfungen am Arbeitsmarkt in der Pandemie bewahrt hat, konnte und kann sie nicht schützen." Die IG BAU vertritt auch die Gebäudereinigungsbranche. Mitte 2020 gab es rund 7,3 Millionen Minijobber*innen, etwa 1,1 Millionen davon waren in der Reinigungsbranche, zumeist Frauen, tätig.

Menschen, die geringfügig beschäftigt sind, müssen nicht in die Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen. Von der Rentenversicherungspflicht können sie sich befreien lassen. Außerdem sind die Jobs steuerfrei. Die Arbeitgeber*innen führen pauschal Beiträge zur Sozialversicherung ab und zahlen eine pauschale Steuer. Der IG BAU-Chef spricht sich nicht grundsätzlich gegen die "kleinen" Jobs aus. Sie sollten aber eben auch die allgemeinen Lebensrisiken wie Krankheit und Jobverlust oder ein gutes Auskommen im Alter absichern. "Es muss endlich Schluss sein mit der legalisierten Schwarzarbeit. Das Kapitel drei in dem Sondierungspapier ist mit der Überschrift 'Respekt und Chancen in der modernen Arbeitswelt' versehen. Das kann ich bei der Ausweitung der Minijobs irgendwie nicht ganz erkennen", sagt IG BAU-Chef Feiger abschließend.

Etwa 18 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland (rund 40,6 Millionen) sind geringfügig beschäftigt.